

Nein zur SVP-Familieninitiative

Am 24. November 2013 stimmen wir über die Eidgenössische SVP-Familieninitiative ab, die den Eigenbetreuungsabzug einführen will. Die Absicht der Initiative, Hausfrauenmodelle zu unterstützen, will ich per se nicht bestreiten. Doch das, was die Initiative tatsächlich vorschlägt, verfehlt das Ziel bei weitem. Deshalb kommt für mich nur ein Nein in Frage.

Warum die Initiative nicht umsetzbar ist

Die CVP-Frauen setzen sich seit vielen Jahren für die Wahlfreiheit verschiedener Familienmodelle ein: Jede Familie soll selber entscheiden können, wie sie sich organisiert. Aus diesem Grund wurden der Elterntarif - dank der CVP - und der Fremdbetreuungsabzug eingeführt. So konnten bisherige Ungerechtigkeiten zwischen den Familienformen behoben werden und Familien, welche darauf angewiesen waren, konnten finanziell unterstützt werden.

Würden wir Ja zur SVP-Familieninitiative sagen, würden wir alte Ungerechtigkeiten wieder herstellen und neue Ungerechtigkeiten kreieren.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Grösstes Prinzip im Schweizer Steuerrecht ist die Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: Personen mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bezahlen gleich viel Steuern. Wenn also das Einverdienerpaar und das Zweiverdienerpaar dasselbe Gesamteinkommen haben, dann ist das Zweiverdienerpaar mit Fremdbetreuung benachteiligt, weil Gewinnungskosten für die Betreuung entstehen. Ohne Steuerabzug würde es sich für viele Familien nicht lohnen, ein zweites Einkommen zu erzielen, da dieses von den Fremdbetreuungskosten zunichte gemacht würde. Aufgrund dessen wurde 2011 ein Steuerabzug bei der direkten Bundessteuer für die Fremdbetreuungskosten implementiert. Die Höhe des Abzugs wurde damals von der CVP bestimmt. Genau dieses Steuerprinzip wird mit der SVP-Initiative verletzt, womit das gesamte Steuersystem infrage gestellt wird.

Steuerliche Abzugsberechtigung

Laut Bundesrat trifft es zu, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, während dieser Betreuungsarbeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und daher auf einen Verdienst verzichten. Es erwächst ihnen daraus aber auch keine zusätzliche Steuer. Im Unterschied dazu können Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen, während der Betreuungszeit ein Erwerbseinkommen erzielen, entrichten darauf jedoch auch Steuern. Dort, wo das Zweiteinkommen tiefer ist als die Kosten der Kinderbetreuung, wird es für eine Familie problematisch. Die Initiative verkennt diese Fakten: Einverdienerfamilien können gemäss Initiative Steuern von Kosten abziehen, die gar nicht vorhanden sind. Weil für die Eigenbetreuung kein Geld fließt, wird diese Arbeit auch nicht besteuert und deshalb kann auch kein Abzug gemacht werden. Vergleichen kann man den Vorschlag mit Nicht-Pendler, die Pendlerkosten von den Steuern abziehen dürfen oder Ausbildungsabzüge, die geltend gemacht werden können, ohne in Ausbildung zu sein.

Die schwammigen Begriffe

Ein weiterer Schwachpunkt der Initiative ist die sehr dürftige Begriffsklärung. Was heisst „selber betreuen“? Wenn die Nachbarin oder die Grossmutter auf das Kind aufpasst (wie es in über 50% aller Familien geschieht), erhalten sie dann auch einen Eigenbetreuungsabzug? Im Grunde ist es unmöglich zu kontrollieren, welche Familien tatsächlich ihre Kinder selber betreuen und nicht auf

eine auswärtige Hilfe angewiesen sind. Um Gerechtigkeit in diesem Sinne zu schaffen, bedürfe es einer Schöpfung eines Nachtwächterstaates, der die Haushalte streng kontrolliert. Wollen wir das?

Es trifft die Falschen

Der Hauptgrund, warum ich die Initiative ablehne, ist: Sie belohnt gut betuchte Familien nach dem Giesskannenprinzip und vernachlässigt ausgerechnet diejenigen Familien, für die sich die CVP seit vielen Jahren einsetzt.

Was ist mit jenen Familien, die sich keine ausschliessliche Eigenbetreuung leisten können und auf ein Zweiteinkommen angewiesen sind? Profiteure dieser Initiative werden schlussendlich Familien mit hohem Einkommen sein (durch die Progression des Steuersatzes), Familien, die ohne Zweiteinkommen auskommen oder jene, die mit zwei Einkommen auf die „inoffizielle“ Betreuungshilfe von Grossmami und Nachbarn zählen dürfen (denn es ist nicht geregelt, dass der Steuerabzug bei nur einem Einkommen gemacht werden darf!).

Was die SVP im eigentlichen Sinne mit ihrer Initiative erreichen will, ist von ideologischer Natur. Verfolgt werden ein ausserfiskalisches Ziel, nämlich die Förderung des traditionellen Familienmodells und die Eigenbetreuung der Kinder. Die vielen Anstrengungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen, würden mit der Annahme dieser Initiative teilweise wieder rückgängig gemacht. Wirtschaftlich gesehen ergibt es keinen Sinn, 50% unserer Studienabgänger einen Anreiz zu geben ihre Beschäftigung nicht mehr auszuführen dafür aber immer mehr Ausländer zu rekrutieren. Gerade bei den Medizinabgängerinnen ist dies deutlich spürbar.

Gesellschaftliches Umdenken

Das vorliegende Problem ist ein gesellschaftliches Problem und soll nicht über das Steuerrecht gelöst werden. Jede Familie muss für sich selbst wissen, welche Familiengestaltung für sie die richtige ist. Familien und Kinder sollen ebenso gefördert werden wie die Familie mit Kindern als solche wieder aufgewertet werden soll.

Ich bin nicht gegen das Hausfrauenmodell, ich habe grössten Respekt vor jeder Mutter und jedem Vater, die auf eine Berufsausübung verzichtet, um rund um die Uhr die Kinder zu betreuen. Die SVP-Familieninitiative ist aber eine schlechte Lösung hinter einer guten Idee. Viel eher sollten wir uns Gedanken über Alternativen machen – beispielsweise die Einführung einer Steuergutschrift: 1000.00 Fr. pro Kind pro Jahr: Eine zielgerichtete, massvolle Idee, um Familien zu fördern.

Um die SVP-Familieninitiative umzusetzen müssten entweder die Steuern massiv erhöht werden oder aber wir nehmen das Geld bei denen, für deren finanzielle Unterstützung die CVP seit Jahren kämpft: Familien mit tiefem oder mittlerem Einkommen. Das wäre die Umkehr der bisherigen CVP-Familienpolitik. Deshalb sage ich klar Nein.